

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

**Antrag des Präsidiums zur Sonderkonferenz 2019: Entwurf eines neuen Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt
(Stand 23.11.2018)**

32	Inhaltsverzeichnis	
33		
34	Einleitung	3
35	Unsere Leitsätze	4
36	I. Unsere Grundwerte	5
37	II. Mensch und Gesellschaft	6
38	III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft	7
39	IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt	8
40	V. Soziale Ungleichheit bekämpfen	9
41	VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität	10
42	VII. Unsere Fachlichkeit	11
43	1. Alter und Altern	12
44	2. Arbeit	13
45	3. Bildung	14
46	4. Bürgerschaftliches Engagement	16
47	5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit	17
48	6. Europa	19
49	7. Familie	20
50	8. Gleichstellungspolitik und Frauenpolitik	21
51	9. Gesundheit	22
52	10. Kindheit und Jugend	24
53	11. Menschen in besonderen Lebenslagen	26
54	12. Menschen mit Behinderungen	27
55	13. Pflege	28
56	14. Internationale Solidarität in <i>einer</i> globalisierten Welt	29
57	VIII. Wir verpflichten uns	31
58	Glossar	
59		
60		
61		
62		

63 **Einleitung**

64 Die Zukunft ist unbestimmt, wir aber wollen sie gestalten. Gegründet im Jahr 1919 finden
65 sich in der Arbeiterwohlfahrt auch heute Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende
66 zusammen, um gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu streiten. Mit
67 diesem Anspruch schreiben wir unsere Geschichte als unabhängiger und eigenständiger
68 Mitgliederverband fort. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten sich dabei an den
69 Bedürfnissen der Menschen und unseren politischen Zielen aus. Unser Handeln wird
70 bestimmt durch unsere Grundwerte und unsere Verpflichtung gegenüber der Würde des
71 Menschen: Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung und wirken daran mit, den
72 demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

73 Das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale programmatische
74 Orientierung für den gesamten Verband. Es ist in seinen Überzeugungen fest verwurzelt in
75 unserer Geschichte als Teil der Arbeiterbewegung und weiß um die historische Aufgabe
76 dieses Verbandes. Das Programm hat den Zweck, sich der eigenen Grundwerte zu
77 vergewissern und diese vor dem Hintergrund der aktuellen und kommenden
78 Herausforderungen zu interpretieren. Es geht uns um eine Standortbestimmung und um
79 einen Beitrag zur innerverbandlichen, aber auch zur gesellschaftlichen Debatte über das
80 Fortkommen der Gesellschaft. Zugleich ist es eine Selbstverpflichtung, das eigene Handeln
81 unentwegt kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen.

82 Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und Deutschland
83 geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Seit der Verabschiedung des
84 letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Bundespolitik
85 bestimmt, die viele Menschen bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in
86 den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 hat das Vertrauen in die
87 politischen Eliten erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung
88 unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der
89 Flüchtlingssituation im Jahr 2015 Rechtspopulist*innen und -extremist*innen, die in Europa
90 und Deutschland auf dem Vormarsch sind, die gelebte Vielfalt infrage und bedrohen unsere
91 Demokratie und unseren Rechtsstaat. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und
92 streiten für eine Gesellschaft, die den Einzelnen achtet, sozial absichert und das
93 Gemeinwohl fördert. Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige soziale Absicherung für
94 eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der Europäischen Union
95 unerlässlich ist. Für diese Überzeugung setzen wir uns alleine und im Verbund mit der Freien
96 Wohlfahrtspflege sowie Organisationen ein, die unsere Grundwerte teilen. Und so ist dieses
97 Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt
98 anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für
99 Gerechtigkeit, für Solidarität und für Toleranz im 21. Jahrhundert.

100

101

102 **Unsere Leitsätze**

103 Die Leitsätze der Arbeiterwohlfahrt sind die Kernthesen unseres Leitbilds in den Kapiteln I-
104 VIII. Im Leitbild versammeln wir Themen, die für uns in allen Bereichen von entscheidender
105 Bedeutung sind und eine Klammer um unsere fachliche Arbeit (VII. 1-14) bilden. Sie
106 kennzeichnen Ziele, Aufgabenverständnis und Methoden unserer Arbeit. Sie ermöglichen es
107 uns, über unsere Tätigkeit zu diskutieren, sie kritisch zu hinterfragen und daraus
108 Konsequenzen zu ziehen. Sie sind Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitende sowie
109 Engagierte und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

110

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

111

112

113

114

115 I. Unsere Grundwerte

116 ***Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein.***
117 ***Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus***
118 ***bestimmen unser Handeln.***

119 Unsere Vision einer gerechten Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft drückt sich
120 seit unserer Gründung im freiheitlichen demokratischen Sozialismus aus: Allen Menschen
121 stehen politische, soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zu. Der
122 freiheitliche demokratische Sozialismus ist zugleich unser nie endender Auftrag, für eine
123 fortschrittliche, freie, gerechte, demokratische und solidarische Gesellschaft einzustehen. Mit
124 unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten verringern und allen Menschen gesellschaftliche
125 sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Staat ist verpflichtet, allen ein Leben in Würde
126 und ohne Armut zu sichern.

127 **Freiheit** bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben – frei von Willkür, Not und
128 Armut. Die Freiheit der*des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Damit der
129 Mensch seine individuellen Fähigkeiten entfalten kann, braucht er soziale und materielle
130 Sicherheit. Freiheit verpflichtet, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und
131 die Freiheit anderer zu respektieren.

132 **Gleichheit** gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor
133 dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung.
134 Gleichheit erfordert das Recht, am politischen und sozialen Geschehen teilzunehmen und
135 sozial abgesichert zu sein.

136 **Gerechtigkeit** herrscht, wenn der Mensch frei ist, gemeinschaftlich handelt und die gleichen
137 Chancen im Leben hat. Dafür braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung:
138 Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung
139 zu übernehmen und für einen Ausgleich in der Welt einzutreten. Gerechtigkeit erfordert,
140 unsere Lebensweise zum Wohl der Natur und für kommende Generationen nachhaltig zu
141 gestalten.

142 **Solidarität** entsteht im Miteinander. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und den anderen
143 zu helfen. Unsere gemeinsame politische Überzeugung ist die Basis für gegenseitige
144 Verantwortung und Verpflichtung. Solidarität kennt keine nationalen Grenzen. Der Staat
145 macht durch Recht Solidarität bindend. Im Zusammenschluss haben die Menschen die Kraft,
146 sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Wer in Not gerät, kann sich auf die
147 Solidarität der Gesellschaft verlassen.

148 **Toleranz** erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit
149 anerkannt wird. Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse Überzeugungen und
150 Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten
151 und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz
152 lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der
153 Gesellschaft.

154 **II. Mensch und Gesellschaft**

155 ***Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein***
156 ***demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.***

157 Als Wohlfahrtsverband ist unsere Arbeit geprägt von der Zusammenarbeit mit dem
158 Menschen. Wir sind uns der Würde und der Freiheit jeder*jedes Einzelnen bewusst und
159 sehen die Menschen- und Grundrechte als unveränderliche Grundlage für Staat und
160 Gesellschaft an. Wir treten für diese Rechte ein und fördern die Menschlichkeit in der Welt.
161 Nach unserer Überzeugung beruht ein menschenwürdiges Leben auf Freiheit und sozialem
162 Miteinander. Wir fördern Selbstbestimmung und wollen Menschen aus individuellen Notlagen
163 befreien. Wir erfahren durch unsere Arbeit, dass Menschen sich entwickeln und lernen
164 wollen. Dabei begleiten und unterstützen wir sie individuell und setzen bei ihren Potenzialen
165 an. So fördern wir Selbstverantwortlichkeit und Autonomie.

166 Im Rahmen seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten bestärken wir den Menschen, für sich und
167 die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Solidarität über Generationen und
168 Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

169 Eine Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger*innen. Deswegen fördern wir
170 Mitbestimmung an den Orten, wo Menschen leben, arbeiten und sich begegnen. Sie
171 brauchen geeignete Rahmenbedingungen, um ihre Potenziale zu entfalten und miteinander
172 zu kooperieren.

173 Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat verringert die Gefahr, in Unmenschlichkeit
174 zurückzufallen. Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und
175 gewaltvollen Übergriffen. Wir bekämpfen jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung,
176 Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen. Vorurteilen und Stereotypen
177 begegnen wir mit Aufklärung, Argumenten und Dialog.

178 Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die ökologisch und nachhaltig lebt. Sozialer
179 Fortschritt gelingt weltweit nur nachhaltig bei gleichzeitigem Schutz der Natur. Technischer
180 Fortschritt und Digitalisierung sind dort zu fördern, wo sie die Lebensqualität der Menschen
181 verbessern. Die Privatsphäre und die Selbstbestimmung der*des Einzelnen sind immer zu
182 garantieren.

183

184

185

186

187

188

189 **III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft**

190 ***Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage***
191 ***unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und***
192 ***Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.***

193 Unsere Grundwerte bestimmen unser Handeln im Mitgliederverband, in unseren
194 sozialwirtschaftlichen Unternehmen und in unserer politischen Interessenvertretung. Das
195 macht uns zu einer starken Gemeinschaft. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten wir an
196 den Bedürfnissen der Menschen und an unseren politischen Zielen aus.

197 Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt bestimmen demokratisch über die Entwicklung des
198 Verbandes und unsere politischen Positionen. Sie prägen das Bürgerschaftliche
199 Engagement, steuern und beaufsichtigen unsere sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Als
200 Teil der Zivilgesellschaft betonen wir die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Gemeinnützige,
201 demokratische Mitgliederorganisationen werden weiterhin Triebfeder für eine solidarische
202 und demokratische Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir Mitglieder für uns begeistern und
203 ihrem Engagement einen festen Ort bieten.

204 Unsere Wertegemeinschaft schließt Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte
205 einsetzen, auch wenn sie nicht Mitglied der Arbeiterwohlfahrt sind. Zugleich fördern wir neue
206 Formen des Engagements und öffnen unsere Räume für innovative Angebote sowie für das
207 Erleben von Gemeinschaft. Wir wollen verstärkt Kooperationen mit anderen Akteuren
208 eingehen. So können wir den unterschiedlichen Bedürfnissen der Generationen und einer
209 Gesellschaft in Vielfalt gerechter werden.

210 Die Mitarbeitenden der Arbeiterwohlfahrt sind Teil unserer Gemeinschaft. Hand in Hand mit
211 unseren Ehrenamtlichen und Engagierten garantieren sie Professionalität, Stabilität und
212 Innovation in unserem Verband. Wir ermöglichen, dass unsere Mitarbeitenden unsere
213 Grundwerte leben und die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen können. Wir
214 stehen für Gute Arbeit auch in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen ein.

215 Zu uns gehört das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt. Als selbstständiger und
216 eigenverantwortlicher Kinder- und Jugendverband organisiert es sich über demokratische
217 Strukturen und bereichert unseren Verband. Das Jugendwerk vertritt die Anliegen und
218 Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und gibt uns wichtige Impulse.
219 Wir unterstützen das Jugendwerk bestmöglich und arbeiten auf allen Ebenen in Gremien und
220 vor Ort zusammen. Gemeinsam sichern wir die Zukunft.

221

222

223

224

225 **IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt**

226 ***Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt***
227 ***und begegnen allen Menschen mit Respekt.***

228
229 Wir stärken die Vielfalt und das solidarische Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir
230 kämpfen für die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen und
231 ihre Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen. Die Gleichheit vor dem Gesetz sowie
232 die Menschenrechte sind das Fundament auf dem Weg in eine offene Gesellschaft. Diese
233 Rechte sind nicht verhandelbar und für jede*n einklagbar. Wir sind überzeugt, dass sie den
234 Raum und die Sicherheit schaffen, damit in einer Gesellschaft in Vielfalt sozialer
235 Zusammenhalt gelebt wird. Nur die Demokratie kann weltanschauliche, religiöse, sexuelle,
236 ethnische, soziale und sprachliche Vielfalt in ein politisches Gleichgewicht bringen und jeden
237 Menschen in seiner Einzigartigkeit wertschätzen.

238 Eine Gesellschaft in Vielfalt ist reich an Tradition und Kultur. Mit dieser Haltung schreiben wir
239 unsere Tradition fort: Aus der Motivation entstanden, die Mauern der Klassengesellschaft zu
240 durchbrechen, arbeiten wir auch in Zukunft daran, Diskriminierung und Ungleichheit
241 abzuschaffen. Unser Eintreten für eine Gesellschaft in Vielfalt ist mit unserer Arbeit für eine
242 gerechte Gesellschaft eng verbunden. Die Ungleichheit im Kapitalismus steht dem Ziel der
243 Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen entgegen. Mit unserer Vision eines
244 freiheitlichen demokratischen Sozialismus drücken wir aus, dass eine gerechte Gesellschaft
245 erreichbar ist. Soziale Absicherung, gleiche Bildungschancen und die gerechte Verteilung
246 von Ressourcen sowie die Achtung aller Menschen hängen unmittelbar miteinander
247 zusammen.

248 Wir fördern ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und
249 Weltanschauung, mit und ohne Behinderung, aller Generationen, jeden Geschlechts und
250 jeder sexuellen Identität. Als nicht religiös gebundener Verband wollen wir, dass der Staat
251 sich weltanschaulich neutral verhält. Er darf keine Weltanschauung oder Religion
252 privilegieren oder sich mit ihr identifizieren. Die Wohlfahrtspflege ist ein Ort, an dem
253 Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen zusammenfinden und
254 das Gegenüber durch direkten Austausch verstehen und respektieren lernen.

255 Das solidarische Miteinander ist für das Individuum und unsere Gesellschaft ein Gewinn. Wir
256 streiten für ein starkes Gemeinwesen und öffentliche Räume, die für alle nutzbar sind. Um
257 eine Gesellschaft in Vielfalt zu gestalten, orientieren wir uns am Prinzip der Inklusion.

258

259

260

261

262

263 **V. Soziale Ungleichheit bekämpfen**

264 ***Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische***
265 ***Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.***

266 Die soziale Ungleichheit verpflichtet uns seit unserer Gründung, für mehr Gerechtigkeit zu
267 kämpfen. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und unsere
268 Demokratie: Sie grenzt aus und führt zu geringerer Lebensqualität. Sie schafft körperliches
269 sowie psychisches Leid und Perspektivlosigkeit statt gleicher Lebenschancen. Wir wollen
270 Teilhabe und ökonomische Unabhängigkeit für alle. Um Ungleichheit zu überwinden, wollen
271 wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft verändern.
272 Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung.

273 Wohnen ist ein Menschenrecht und ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum für uns
274 untragbar. Wir fordern einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu
275 Wohnraum und bezahlbare, wohnortnahe Räume für Engagement und soziale
276 Dienstleistungen.

277 Eine verlässliche soziale Infrastruktur kann soziale und herkunftsbedingte Ungleichheiten
278 mindern und individuelle Fähigkeiten zur Entfaltung bringen. Deshalb kämpfen wir
279 bundesweit für gute politische Rahmenbedingungen und einen starken Sozialstaat.

280 Politische Beteiligung hängt mit der sozioökonomischen Situation und dem Zugang zu
281 Bildung zusammen: Während Armut zu geringer sozialer Teilhabe und politischer
282 Gestaltungskraft führt, entstehen aus Reichtum ungerechtfertigter politischer Einfluss und
283 Macht. Das schwächt das Vertrauen in Demokratie, Staat und Gesellschaft. Darüber hinaus
284 werden in einer ungleichen Gesellschaft immer wieder Menschen in sozial schwachen
285 Lebenslagen gegeneinander ausgespielt. Wir betonen die Verantwortung und Verpflichtung
286 für das Gemeinwohl, die aus Reichtum entsteht. Der demokratische Staat ist verpflichtet,
287 Ausgleich im Sinne der Allgemeinheit zu schaffen.

288 Um Ungerechtigkeit zu beenden, braucht es eine wirksamere Umverteilung. Das Ziel sind
289 gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Bürger*innen. Nur eine gerechte Gesellschaft
290 ist eine solidarische Gesellschaft. Dafür kämpfen wir.

291

292

293

294

295

296

297

298 **VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität**

299 ***Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat***
300 ***und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.***

301 Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet. Wir sehen die zentrale Aufgabe der
302 sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.
303 Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität: Der Staat trägt die Verantwortung für die
304 Rahmenbedingungen, wir übernehmen die Trägerschaft von Einrichtungen, Diensten und
305 Maßnahmen. Als Anwältin der Betroffenen nehmen wir Einfluss auf die Gesetzgebung und
306 erstreiten soziale Rechte. Wir geben fundiert Auskunft über die soziale Lage in Deutschland
307 und Europa.

308 Vor Ort handeln wir gemeinwohlorientiert und arbeiten mit Kostenträgern auf Grundlage von
309 Verträgen und transparenten Förderungsbedingungen partnerschaftlich zusammen. Im
310 Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung engagieren wir uns in Gremien, Kommissionen
311 und Ausschüssen bei der Planung, Konzeption und Steuerung bedarfsgerechter Angebote
312 und Dienstleistungen. Unser Ziel ist es, die notwendige soziale Infrastruktur zu erhalten und
313 auszubauen.

314 Als gemeinnützige Organisation gewährleisten wir, dass unsere Erträge nur für unsere
315 sozialen Zwecke eingesetzt werden. Wir stehen für ein gebotenes Maß an Wirtschaftlichkeit
316 und gehen sorgfältig und transparent mit unseren finanziellen Ressourcen um. Wir bedienen
317 nicht die Renditeinteressen fremder Geldgeber.

318 Der Staat braucht starke Partner im Sozialraum. Der Wert der Subsidiarität für die
319 Gesellschaft ist durch eine entsprechende Politik zu erhalten und zu fördern.
320 Handlungsfähige und sozial verantwortungsvolle Kommunen sind die Voraussetzung, um
321 den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen vor Ort nachzukommen. Dafür ist die
322 finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Die Freie
323 Wohlfahrtspflege sichert eine bundesweite Versorgung, eine Einbindung von Ehrenamt und
324 Engagement, eine wertegebundene Steuerung im Sinne des Gemeinwohls sowie die
325 Erhaltung der Wunsch- und Wahlfreiheit der Menschen. Die voranschreitende Deregulierung
326 sowie die zunehmende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt und die
327 Risiken der Digitalisierung gefährden die Qualität der Versorgung und die
328 Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Dem treten wir entgegen.

329 Wir werden unsere Maxime einer freien und wertegebundenen Arbeit bewahren und stellen
330 uns mit unserer Fachlichkeit und der Qualität unserer Leistungen dem Wettbewerb. Für den
331 Erhalt und den Ausbau der Subsidiarität als Ordnungsprinzip des deutschen Sozialstaats
332 werden wir in Deutschland und in der Europäischen Union kämpfen. Wir wollen ein soziales
333 Europa, das das deutsche Sozialstaatsmodell anerkennt und die regionale Grundversorgung
334 mit sozialen Dienstleistungen gewährleistet.

335

336 **VII. Unsere Fachlichkeit**

337 ***Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell und innovativ. Das sichern wir durch***
338 ***die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.***

339 Seit unserer Gründung im Jahr 1919 haben wir uns zu einer gemeinnützigen Organisation
340 entwickelt, die in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik aktiv ist. Unsere Arbeit
341 richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus und versteht sich als Hilfe zur
342 Selbsthilfe. Wir arbeiten wirkungsorientiert, zuverlässig und auf Basis von fachlichen
343 Standards. Wir entwickeln die Fachlichkeit weiter und setzen uns für die erforderlichen
344 Rahmenbedingungen politisch ein.

345 Unsere Angebote richten sich an Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen
346 Herkunft, ihrer Religion, Weltanschauung, Nationalität, ihres Familienstands oder
347 Geschlechts. Wer zu uns kommt, ist für uns Expert*in der eigenen Lage. Wir schützen
348 sie*ihn vor Übergriffen durch Dritte und arbeiten präventiv gegen jegliche Form von Gewalt.
349 An unserer Arbeit beteiligen wir Klient*innen, Mitarbeitende und Engagierte.

350 Inklusion ist unser Prinzip, um die Teilhabe aller zu verwirklichen. Wir fördern in der
351 Gesellschaft und in unseren eigenen Reihen das Bewusstsein, dass niemand ausgegrenzt
352 und diskriminiert werden darf. Das bedeutet, unsere Vorurteile zu reflektieren sowie unsere
353 Arbeitsweise so zu gestalten, dass sie der Einzigartigkeit jedes Menschen gerecht wird.

354 Interkulturalität ist Teil unseres Verständnisses von Inklusion und ein zentrales
355 Qualitätsmerkmal unserer Angebote, Maßnahmen und Projekte. In der Arbeiterwohlfahrt
356 werden antisemitische, rassistische und extremistische Äußerungen sowie Handlungen
357 entschieden, auch mit juristischen Mitteln, verfolgt.

358
359 Wir sind verantwortlich dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der
360 Arbeiterwohlfahrt verwirklicht wird. Das bedeutet, ein Arbeits- und Engagementumfeld zu
361 schaffen, das sensibel ist für die eigenen Vorurteile. Mitarbeitende und Engagierte werden
362 gleichermaßen wertgeschätzt. Eine Bezahlung erfolgt unabhängig vom Geschlecht.

363 Die Soziale Arbeit bietet zahlreiche Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten für digitale
364 Anwendungen. Sie sind Teil unserer auf die Zukunft ausgerichteten Arbeit. Der zentrale
365 Bestandteil all unserer Aktivitäten bleibt jedoch der menschliche Kontakt. Digitalisierung und
366 Technik setzen wir zum Wohl unserer Klient*innen und zur Entlastung unserer
367 Mitarbeitenden ein. Inklusion, Interkulturalität, Geschlechtergerechtigkeit und ein am
368 Menschen orientierter Einsatz von Technik und Digitalisierung herzustellen, ist eine
369 Querschnittsaufgabe.

370 Unsere Fachlichkeit drückt sich in allen Feldern der Sozialen Arbeit aus.

371

372

373

1. Alter und Altern

374 Wir treten für eine alters- und altersgerechte Politik ein, die es Menschen bis ins hohe Alter
375 ermöglicht, ihre Potenziale zu entfalten und selbstbestimmt zu leben. Weil sich die Folgen von
376 Armut und Erwerbslosigkeit im Lebensverlauf gerade im Alter zeigen, ist es Aufgabe der Politik,
377 Ungleichheit zu verringern. Uns geht es um ein würdevolles Altern aller Menschen.

378 **Leben im Alter**

379 Viele Menschen sind im Alter alleine. Deshalb fördern wir Gemeinschaft und Austausch. Im Fall
380 von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit muss es möglich sein, im vertrauten Umfeld zu bleiben. Dafür
381 braucht es ein Wohnumfeld, das regional, flexibel und bedarfsorientiert ausgestaltet ist.
382 Bürger*innen und lokale Akteure sind einzubeziehen, sektorenübergreifende Kooperationen sind
383 herzustellen. Wir streiten für generationengerechte Infrastrukturen und bezahlbare
384 Wohnangebote.

385 **Für eine solidarische Alterssicherung**

386 Mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze und nach einem erfüllten Arbeitsleben hat jede*r das
387 Recht auf eine Rente, mit der sie*er ihr*sein Leben im Alter finanziell unabhängig gestalten kann.
388 Diese Versicherten müssen sich auf eine lebensstandardsichernde Rente verlassen können, die
389 auf lohnorientierten Rentenanpassungen basiert und oberhalb der Grundsicherung liegt. Das
390 kann auch trotz demografischer Veränderungen eine solidarische, beitragsorientierte und
391 dynamische gesetzliche Rentenversicherung leisten. Zudem treten wir für ein verbessertes
392 Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Um auf den bevorstehenden Wandel der Arbeit
393 mit einer gerechten Alterssicherung zu reagieren, sind langfristig alle Erwerbstätigen in die
394 gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

395 **Altersarmut verhindern**

396 Wer im Alter von Armut betroffen ist, hat aus unterschiedlichen Gründen meist Lücken in der
397 Erwerbsbiografie. Viele können diese Lücken nicht durch private oder betriebliche Altersvorsorge
398 schließen. Um Altersarmut zu verhindern, braucht es insbesondere eine aktive Arbeitsmarktpolitik
399 sowie eine professionelle Begleitung von Übergängen in Ausbildung und Beruf. Für Gering-
400 verdienende fordern wir vor allem Rentenfreibeträge in der Grundsicherung. Sowohl am
401 Arbeitsmarkt als auch in der Rentenpolitik muss gewährleistet sein, dass insbesondere Frauen
402 vor Altersarmut infolge privater Sorgearbeit besser geschützt werden.

403 **Erwerbsminderungsrente**

404 Erwerbsminderung darf nicht in Armut führen. Wir wollen, dass die Renten im Falle der
405 Erwerbsminderung weiter verbessert werden. Das gilt auch für Menschen, die bereits eine Rente
406 beziehen. Zugleich wissen wir, dass Rehabilitation und individuelle Unterstützung die Chance von
407 Menschen erhöhen, wieder am Arbeitsleben teilzunehmen.

408 **Gesund in den Ruhestand**

409 Wir fordern gute Bedingungen für einen gesunden und flexiblen Eintritt in den Ruhestand:
410 verbesserte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen, Weiterbildung, Gesundheits-

411 förderung in den Betrieben sowie flexible Übergangsmodelle. Eine weitere Heraufsetzung des
412 Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

413 **2. Arbeit**

414 In einer sich wandelnden Arbeitswelt setzen wir uns für eine gute soziale Absicherung der
415 Arbeitnehmer*innen ein. Die sozialen Sicherungssysteme sind entsprechend den neuen
416 Anforderungen auszubauen. Der Anstieg atypischer und prekärer Arbeit, der digitale Wandel und
417 gewandelte Erwartungen der Arbeitnehmer*innen erfordern von uns einen starken Einsatz für
418 ihre Rechte.

419 Arbeit wird auch in Zukunft eine zentrale, sinnstiftende Bedeutung haben. Sie ermöglicht
420 gesellschaftliche Anerkennung und Identifikation und kann die Basis bilden, um sich zu
421 verwirklichen und unabhängig zu sein. Weiterbildung und Qualifikation sowie die Vereinbarkeit
422 von Arbeit mit privater Sorgearbeit müssen im Interesse der Arbeitnehmer*innen gestaltet
423 werden.

424 **Soziale Arbeit: unsere Kernaufgabe**

425 Der Widerspruch zwischen der Bedeutung sozialer Dienstleistungen für unsere Gesellschaft und
426 ihren Rahmenbedingungen ist erheblich. Soziale Arbeit stärkt den gesellschaftlichen
427 Zusammenhalt, bietet sichere Arbeitsplätze und ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für dieses
428 Land. Ohne die Entlastung privater Sorgearbeit durch professionelle soziale Dienstleistungen
429 würde dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet. Wir wollen die Bedingungen in der
430 Sozialen Arbeit weiter verbessern und mitgestalten: Wir fordern höhere Löhne und
431 Personalschlüssel, allgemein gültige Tarifverträge und geringere Arbeitsbelastung.

432 **Digitalisierung einbetten und Regelwerke bindend machen**

433 Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Arbeit und Beschäftigung. Die Chancen der
434 Digitalisierung dürfen nicht zu verschlechterten Arbeitsbedingungen wie einer ständigen
435 Erreichbarkeit führen. Arbeitnehmer*innen haben das Recht auf Freizeit und Trennung von Arbeit
436 und Leben. Wo Arbeit über Clouds und Plattformen organisiert wird, braucht es Regeln und
437 Absicherung zum Schutz neuer Erwerbsformen. Es gilt, die gleichen gesetzlichen Regelungen
438 bindend zu machen wie sie bei niedergelassenen Anbietern gelten.

439 **Neues Leitbild für die Arbeitsmarktpolitik**

440 Zukünftige Arbeitsmarktpolitik hat den Menschen zu befähigen, sich an seinem Lebenslauf,
441 seinen Bedürfnissen und Stärken zu orientieren. Arbeitsmarktpolitik muss auch Beiträge zum
442 Strukturwandel in den unterschiedlichen Regionen in Deutschland leisten und insbesondere auf
443 die Beschäftigung junger Menschen abzielen. Wir fordern eine Neudefinition der Dienstleistungen
444 in den Behörden und arbeitspolitische Maßnahmen, die die Grenzen einer Politik des Forderns
445 und Förderns erkennen. Wer langfristig keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt findet, braucht
446 einen sozialen Arbeitsmarkt – Qualifizierung und Lohnkostenzuschüsse sind notwendig. Wir
447 kämpfen für einen inklusiven Arbeitsmarkt und setzen uns mit unseren arbeitsmarktpolitischen
448 und sozialpädagogischen Angeboten dafür ein. Darüber hinaus sind steigende Risiken, Brüche

449 und Übergänge gesellschaftlich und nicht individuell durch einen erweiterten Schutz der
450 Arbeitslosenversicherung aufzufangen.

451 **Freie Träger als Akteure der Arbeitsmarktintegration**

452 Wir wollen mit unseren Einrichtungen inklusive Regelsysteme schaffen, die auch benachteiligte
453 Menschen für das Arbeitsleben befähigen. Begleitende und passgenaue individuelle
454 Unterstützung durch qualifizierte Fachkräfte ist hier unabdingbar. Wir setzen uns für eine
455 auskömmliche Finanzierung der Arbeitsmarktmaßnahmen, faire Vergabeverfahren und
456 langfristige Angebote ein.

457 **Die Grundsicherung der Zukunft**

458 Wir streiten für eine Grundsicherung, die mehr als das menschenwürdige Existenzminimum
459 umfasst und echte Teilhabe ermöglicht. Arbeitsuchende brauchen eine Beratung, Vermittlung und
460 Betreuung auf Augenhöhe: Vertrauen ist die wichtigste Ressource in den Jobcentern. Dafür
461 braucht es ein Umdenken, weg von einer kennzahlbasierten Steuerung mit dem Fokus darauf,
462 die Kosten zu senken. Wir machen uns stark für eine menschennahe Beratung.

463 **3. Bildung**

464 Bildung ist eine zentrale Ressource für die individuelle Lebensführung und ein Prozess zur
465 Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit. Bildung ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben
466 und bildet die Grundlage, um gesellschaftliche sowie politische Prozesse mitzugestalten. Durch
467 die Digitalisierung haben viele Menschen schnell Zugang zu Informationen. Doch nur wer zur
468 Nutzung von digitalen Medien und deren Informationen befähigt ist, kann selbstbestimmt und
469 kritisch damit umgehen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Bildung allen Menschen
470 offensteht, um gleiche Bildungs-chancen - unabhängig von der Herkunft, einer Behinderung, dem
471 familiären Bildungs-hintergrund oder der wirtschaftlichen Lebenslage - zu realisieren. Wir setzen
472 uns für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung, der Aus-, Fort-, und Weiterbildung und
473 Hochschule ein. Dazu sind bundesweite Mindeststandards und vergleichbare Lernbedingungen
474 herzustellen.

475 **Bildung im 21. Jahrhundert gestalten**

476 Dem Bildungsprozess ist ausreichend Zeit und Raum einzuräumen. Er ist mehr als eine
477 ausschließliche Qualifikation für den Arbeitsmarkt. Ungleich verteilte Bildungschancen sind durch
478 stärker auf die Bedürfnisse des einzelnen Menschen zugeschnittene Bildungsangebote und
479 Lernformen auszugleichen. Wir sind überzeugt, dass die Vermittlung interkultureller, sozialer und
480 demokratischer Kompetenzen notwendige Inhalte von Bildung sind. Niedrigschwellige und
481 kostenfreie Zugänge ermöglichen ein lebenslanges Lernen. Sie sind in allen Lebensphasen
482 rechtlich abzusichern.

483 **Die Bildung der Zukunft ist offen für Vielfalt**

484 Wir wollen Vielfalt in der Bildung fördern. Deshalb sind alle Bildungsinstitutionen inklusiv
485 auszugestalten. Wir fordern bestmögliche Teilhabe aller entlang des gesamten Bildungsvlaufes
486 und den Abbau aller Ungleichheiten.

487 **Verschiedene Lernorte anerkennen und vernetzen**

488 Eine chancengerechte Bildungspolitik beachtet, stärkt und schätzt gleichermaßen formale, non-
489 formale und informelle Lernorte. Bildungsorte in öffentlicher Verantwortung müssen barrierefrei
490 sein. Zentrale Bildungsorte sind Familien, die Kindertagesbetreuung, die Peer-Groups, die
491 Jugend(verbands)arbeit, die Schule, der Sozialraum, die Medien genauso wie Ausbildung und
492 Beruf. Eine enge Kooperation und Vernetzung aller Akteure im Sozialraum ist vonnöten. Sie
493 basiert auf einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit und hat eine ganzheitliche Bildung im Blick.
494 Informelle Bildungsprozesse wie in der Familie sind eine Bereicherung, dürfen jedoch nicht für
495 schulischen Bildungserfolg vorausgesetzt werden.

496 **Frühkindliche Bildung als Grundstein von Bildungserfolgen**

497 Wir denken in aufeinander aufbauenden und vernetzten Hilfsangeboten im Sinne von
498 Präventionsketten und wissen, dass Bildung bereits vor dem Eintritt in Institutionen durch die
499 Eltern beginnt. Anschließend sind es Kindertageseinrichtungen und -pflege, die als Orte
500 frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung die kognitive, soziale und emotionale
501 Entwicklung von Kindern fördern. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Chancengerechtigkeit,
502 zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Integration. Um diese Aufgaben zu
503 erfüllen, brauchen sie personell, finanziell und organisatorisch gute Rahmenbedingungen.

504 **Eingebunden in den Sozialraum: die Ganztagschule als Regel**

505 Die Ganztagschule als Ort des gemeinsamen Lernens und Lebens muss zu ihrer Gestaltung
506 pädagogische Konzepte und Standards bieten, die sich über den ganzen Tag erstrecken und
507 Lern- mit Freizeitangeboten verbinden. Wir wollen, dass die barrierefreie Ganztagschule in
508 gebundener Form zur Regel wird. Sie erleichtert eine enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und
509 Schule, sichert Übergänge im Bildungsverlauf und schafft am besten Chancengleichheit für alle
510 jungen Menschen. Ihr Potenzial entfaltet die Ganztagschule erst, wenn sie gebührenfrei ist.
511 Schulen sind hin zu einem Lern- und Lebensort zu entwickeln und in den Sozialraum zu
512 integrieren.

513 **Übergänge sichern und Durchlässigkeit fördern**

514 Wir fordern, dass die Durchlässigkeit unterschiedlicher Bildungswege erhöht wird. Vor dem
515 Hintergrund der hohen Abbruchzahlen bei Übergängen zwischen den Bildungsinstitutionen bietet
516 die Jugendsozialarbeit eine sozialpädagogische Unterstützung, die auch im Übergang von der
517 Schule in den Beruf wirkt. Wir wollen Angebote der Jugend- und Eingliederungshilfe, der
518 Berufsberatung und Berufsförderung sowie der Betriebe stärker mit der Schule vernetzen und in
519 ein kommunal abgestimmtes Übergangssystem einbinden.

520 **Gute Bildungsangebote brauchen qualifiziertes Personal**

521 Für verlässliche und professionelle Bildungsangebote brauchen wir qualifiziertes Personal und
522 arbeitsfeldbezogene Fort- und Weiterbildungsangebote. Die Qualität dieser Angebote muss
523 kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Weiter fordern wir tariflich gesicherte
524 Arbeitsbedingungen, eine der Aufgabe und Qualifikation angemessene Bezahlung und eine

525 regelmäßige Fort- und Weiterbildung. Weiterbildung ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie
526 muss über rein betriebliche Interessen hinausgehen und auch vom Staat unterstützt werden.

527 **4. Bürgerschaftliches Engagement**

528 In einer Demokratie übernehmen Bürger*innen Verantwortung im Gemeinwesen und kontrollieren
529 staatliches Handeln. Deshalb verstehen wir das Engagement unserer Mitglieder und Engagierten
530 als Ausdruck unseres politischen Gestaltungsanspruchs. Wir fördern kurzzeitiges ungebundenes
531 Engagement genauso wie langfristiges festes Ehrenamt. Das ist unser Beitrag zu einer
532 lebendigen Zivilgesellschaft in diesem Land.

533 Engagement führt zu Begegnungen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für
534 die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet sozialen Zusammenhalt. Für die*den
535 Einzelne*n kann Engagement Sinn und Erfüllung sowie Teilhabe an der Gesellschaft sein. Aus
536 diesen Gründen ist es für uns entscheidend, dass Engagement über alle Altersgrenzen und
537 gesellschaftlichen Gruppen hinweg gelernt und gelebt werden kann.

538 **Engagement ist freiwillig und unabhängig**

539 Bürgerschaftliches Engagement erfolgt auf freiwilliger Basis und verfolgt eigene Zwecke und
540 Ziele. Dabei braucht es gute Rahmenbedingungen, um sich frei zu entfalten. Als Teil der Freien
541 Wohlfahrtspflege treten wir für dauerhafte und auskömmlich finanzierte Strukturen der
542 Engagementförderung ein. Engagement ist in seinem kritischen Eigensinn anzuerkennen und
543 darf nie dauerhaft staatliche Infrastruktur und Leistungen ersetzen.

544 **Engagement braucht Raum und ist vielfältig**

545 Engagement braucht eine Ermöglichungskultur, die Räume für Beteiligung eröffnet. Die Motive
546 der Engagierten sind hier Ausgangspunkt für das Engagement, solange sie vereinbar mit dem
547 Grundgesetz sind. Engagement findet zunehmend ortsunabhängig, kurzfristig und auch digital
548 statt. Diese unterschiedlichen Formen ergänzen einander. Wir treten dafür ein, dass in der
549 Engagementförderung digitale Kommunikationswege aufgebaut und gefördert werden. Sie
550 ermöglichen Vermittlung und Koordination und eröffnen neue Wege der Selbstorganisation.

551 **Chance auf Engagement für alle**

552 Engagement ermöglicht vielfältige Lernprozesse und Teilhabe. Damit sich Menschen mit ihren
553 unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen beteiligen können, benötigen sie spezifische
554 Zugänge zum Engagement. Engagementförderung darf Ungleichheiten nicht verstärken, sondern
555 sollte gerade auch Menschen in sozial schwachen Lebenslagen und die Gleichstellung aller
556 Geschlechter fördern. Die Eingliederungshilfe muss auch für Menschen mit Behinderungen die
557 Teilhabe am Engagement ermöglichen.

558 **Engagement braucht Zeit und einfache Zugänge**

559 Zeitmangel ist ein großes Hindernis für ein längerfristiges Engagement. Menschen sollten ihr
560 Engagement mit Schule, Ausbildung, Beruf und Familie vereinbaren können. Wir wissen um die
561 Bedeutung früher Erfahrung mit Engagement für die eigene Biografie. Deshalb setzen wir uns

562 dafür ein, dass Schüler*innen schon früh Engagement und Jugendverbandsarbeit nahegebracht
563 werden.

564 **Internationales Engagement schafft Frieden und baut Vorurteile ab**

565 Wir wollen gezielt Engagement über den lokalen und nationalen Kontext hinaus ermöglichen.
566 Austauschprogramme, insbesondere im Jugendbereich, Engagement im Rahmen internationaler
567 Kooperationen oder die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft schaffen wichtige
568 Berührungspunkte zwischen verschiedenen Kulturen und sollten ausgebaut werden.

569 **Bürgerschaftliches Engagement für jede*n ermöglichen**

570 Niemandem darf durch finanziellen Aufwand der Einsatz für die Gemeinschaft erschwert werden.
571 Zugleich ist Engagement seinem Wesen nach unentgeltlich und darf nur gegen eine
572 angemessene und transparente Aufwandsentschädigung erfolgen. Vor dem Hintergrund geringer
573 Renten und sinkender Reallöhne setzen wir uns für sozial- und arbeitsmarktpolitische Lösungen
574 sozialer Probleme ein. Eine Existenzsicherung durch Vergütungen im Bürgerschaftlichen
575 Engagement entspricht weder dessen Charakter noch ist sie moralisch vertretbar.

576 **5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit**

577 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe für
578 eingewanderte Menschen an der Gesellschaft organisieren und fördern Vielfalt. Eine erfolgreiche
579 Einwanderungspolitik verständigt sich mit allen hier lebenden Menschen auf gemeinsame
580 Normen.

581 Für uns kann sich erfolgreiche Einwanderungspolitik nur am Prinzip der Inklusion ausrichten. Wir
582 werden weiterhin Einwander*innen unterstützen und begleiten sowie Strukturen und Haltungen in
583 der Gesellschaft bekämpfen, die ihrer freien Entfaltung entgegenstehen.

584 **Einwanderungsrecht gestalten**

585 Neben dem Integrationsrecht und dem Asylrecht braucht es ein Einwanderungsrecht, das für
586 Menschen Wege in die Bundesrepublik eröffnet, die Arbeit und ein besseres Leben suchen.
587 Durch ein zukunftsorientiertes Einwanderungsgesetz wird auch das Asylrecht geschützt. Die
588 Ausgestaltung des Einwanderungsrechts hat sowohl humanitäre als auch arbeitsmarktpolitische
589 Aspekte zu berücksichtigen.

590 **Inklusion durch gesellschaftliche Teilhabe**

591 Inklusion bezieht sich auf alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir treten
592 dafür ein, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft
593 und ihren Institutionen zu eröffnen. Strukturelle Benachteiligung, Diskriminierung sowie
594 Zugangsbarrieren von der politischen bis zur institutionellen Ebene gilt es zu identifizieren und
595 abzubauen.

596

597

598 **Migrationssozialarbeit schafft Chancengleichheit**

599 Wir müssen unsere Einwanderungsgesellschaft im Einklang mit den Menschenrechten gestalten.
600 Indem wir bedürfnisorientierte soziale Dienstleistungen für Einwander*innen anbieten, leisten wir
601 einen Beitrag zur Chancengleichheit. Unsere Arbeit entspringt aus der Motivation, die
602 jahrzehntelange Aufteilung in „wir“ und „die“ in unserer Gesellschaft zu durchbrechen. Wir
603 machen uns stark für Initiativen und migrationsspezifische Maßnahmen, die Einwander*innen an
604 gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben lassen.

605 **Mehrsprachigkeit anerkennen und Staatsbürgerschaft öffnen**

606 Vielfalt wertzuschätzen heißt, das Bildungskapital der Mehrsprachigkeit anzuerkennen und zu
607 fördern. Im Bewusstsein der Leistung der Einwanderungspionier*innen sind wir überzeugt, dass
608 die Einbürgerung unter Mehrstaatlichkeit Vertrauen schafft und das Zugehörigkeitsgefühl zum
609 Land verstärkt. Wir fordern, dass bereits erfolgte Einwanderung wertgeschätzt wird, und setzen
610 uns auf allen Ebenen für ein kommunales Wahlrecht von Ausländer*innen ein.

611 **Eine menschenrechtsbasierte Flucht- und Asylpolitik**

612 Wir treten für eine solidarische nationale wie europäische Flüchtlingspolitik ein, die Respekt vor
613 der Würde und dem Recht geflüchteter Menschen hat. Im Inland, in der Europäischen Union, an
614 deren Außengrenzen und bei der Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit müssen die
615 Grund- und Menschenrechte beachtet werden. Auch geflüchtete Menschen haben das Recht auf
616 Familie. Um an der Gesellschaft teil zu haben, brauchen sie den gleichen Zugang zu Bildung,
617 Ausbildung, Arbeit und zur Gesundheitsversorgung. Gesetzlich diskriminierende Bestimmungen
618 sowie Einschränkungen der Mobilität von Geflüchteten sind abzuschaffen.

619 **Bildung und Arbeit als gesellschaftlicher Auftrag**

620 Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Einwanderungsgesellschaft sind
621 Gerechtigkeit und Teilhabe an Bildung und Arbeit. Brüche ergeben sich regelmäßig an den
622 Übergängen von einem in den nächsten Bildungsort. Kinder und Jugendliche sind besonders zu
623 unterstützen. Wir fordern eine individuelle Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor
624 dem Hintergrund der demographischen Veränderung der Gesellschaft ist eine gezielte und
625 systematische Arbeitsmarktpolitik für Einwander*innen eine große Chance.

626 **Rassismus erkennen und bekämpfen**

627 In unserer Einwanderungsgesellschaft muss jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung,
628 Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen bekämpft werden. Als Gesellschaft
629 müssen wir uns mit ausgrenzenden Strukturen und Vorurteilen auseinandersetzen. Sie
630 verfestigen und befördern Rassismus.

631

632

633

634

635

6. Europa

636 Die Arbeiterwohlfahrt ist in Zeiten großer Krisen und Kriege in Europa entstanden. Die
637 europäische Einigung und die politische Integration waren für uns eine Befreiung und ein
638 Aufbruch. In diesem Bewusstsein setzen wir uns für ein geeintes Europa ein, unterstützen die
639 europäische Integration und fordern grenzüberschreitende Solidarität. Nationale Ressentiments
640 und Egoismen bekämpfen wir. Durch die Europäische Union können die Bürger*innen aller
641 Länder reisen, arbeiten und in Frieden miteinander leben. Um jedoch den bestehenden sozialen
642 Verwerfungen, der Armut und der wachsenden Ungleichheit entgegenzutreten, ist der Weg in
643 eine Sozialunion unabdingbar.

644 **Für mehr Demokratie**

645 Wir wollen eine bürgernahe und demokratische Europäische Union. Die starke Stellung des
646 europäischen Rates ist für uns nicht tragbar. Es braucht ein starkes Europäisches Parlament,
647 transparente politische Entscheidungen sowie eine Beteiligung der Bürger*innen. Die
648 Zivilgesellschaft ist als politischer Akteurin in die weitere Ausgestaltung der Europäischen Union
649 einzubeziehen.

650 **Für einen Ausgleich zwischen den Regionen**

651 Wir wollen den Frieden in Europa sichern und die Integration so gestalten, dass alle Menschen
652 von ihr profitieren. Annähernd gleiche Lebensstandards innerhalb der Europäischen Union sind
653 unser Ziel. Hierfür braucht es einen kontinuierlichen strukturellen und finanziellen Ausgleich
654 zwischen den unterschiedlichen Regionen.

655 **Soziale Mindeststandards einführen**

656 Ein verbindliches Mindestniveau an sozialen Standards auf europäischer Ebene ermöglicht es,
657 Ungleichheit und Armut zu bekämpfen und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Wir
658 sind überzeugt, dass Mitgliedsländer in Krisen Investitionen brauchen und Reformen, die die
659 soziale Absicherung der Bürger*innen schützen.

660 **Personenfreizügigkeit anerkennen, Arbeitsmobilität fördern**

661 Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes haben sich die Mitgliedsstaaten zur
662 Personenfreizügigkeit verpflichtet. Wir bekennen uns zur Mobilität von Arbeitnehmer*innen,
663 setzen uns für faire Rahmenbedingungen wie die erleichterte Anerkennung von Bildungs- und
664 Berufsabschlüssen ein. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

665 **Europäisches Engagement und Mobilität**

666 Wir sind durch unsere Geschichte fest in der Zivilgesellschaft verwurzelt und wirken mit in
667 europäischen Netzwerken zur Förderung von Bildung und Bürgerschaftlichem Engagement. So
668 ermöglichen wir jungen Menschen und Erwachsenen, unabhängig von ihrer sozialen Lebenslage,
669 ihre europäischen Nachbar*innen kennenzulernen und sich gemeinsam in und für Europa zu
670 engagieren. Die Vorzüge Europas dürfen nicht privilegierten Gruppen vorbehalten sein.

671

672 **Daseinsvorsorge in Europa sichern**

673 Wir erbringen soziale Dienstleistungen innerhalb der rechtlichen Regelungen des Europäischen
674 Binnenmarktes. Bei dessen Ausgestaltung dürfen monetäre Marktprinzipien nicht einseitig
675 handlungsleitend sein. Wir wollen die Qualität der Dienstleistungen und eine adäquate
676 Infrastruktur in den Mittelpunkt stellen. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die eine
677 europarechtskonforme und werteorientierte Erbringung gemeinnütziger und
678 gemeinwohlorientierter Dienstleistungen gewährleisten.

679 **Sozialsektor europaweit stärken**

680 Der europäische Sozialsektor braucht mehr Wertschätzung. Er ist gleichstellungspolitisch
681 bedeutend, weil es sich in allen Ländern um ein von Frauen dominiertes Berufsfeld handelt. Die
682 Leistungen erhöhen die Lebensqualität, ermöglichen soziale Mobilität und tragen zum
683 gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Beschäftigungspolitisch hat der Sozialsektor das Potenzial,
684 mehr Arbeitsplätze sowie nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängiges
685 Wachstum zu schaffen. Er ist in der Förderpolitik der Europäischen Union hinreichend zu
686 beachten, auch im Bereich der Förderung der weiteren Digitalisierung und Technisierung.

687 **Ein föderales Europa im Blick**

688 Wir haben die Vision eines föderalen Europas, das stark ist, aber subsidiär bleibt. Das bedeutet:
689 eine Föderation, die den Kommunen, Regionen und Staaten maximalen Spielraum einräumt,
690 jedoch Rahmen und Standards setzt. Und zwar so, dass die Menschen in Europa die
691 Gewinner*innen der europäischen Integration sind.

692 **7. Familie**

693 Familien sind elementar für die Existenz, das Funktionieren und den Zusammenhalt unserer
694 Gesellschaft. Wir setzen uns für einen umfassenden Familienbegriff ein: Familie ist dort, wo
695 Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und einander
696 Zuwendung schenken. Eine zeitgemäße Familienpolitik stellt die Bedürfnisse der Familien ins
697 Zentrum. Es gilt, für alle Familienmitglieder lebensphasen- und situationsabhängig Bedingungen
698 zu schaffen, aufgrund derer sie selbstbestimmt Entscheidungen treffen können. Familienpolitik ist
699 darüber hinaus eine ressortübergreifende Aufgabe, die auch Akteure aus Wirtschaft und
700 Zivilgesellschaft beteiligt. Wir fordern eine gesellschaftliche Verantwortung, die alle
701 Familienformen unterstützt und wertschätzt.

702 **Bindung und Bildung in Familien**

703 Bildungsgerechtigkeit beginnt damit, dass alle Familien als erster und zentraler Ort der Bindung,
704 der frühkindlichen Erziehung und der Bildung anerkannt und gestärkt werden. Es braucht
705 unterstützende und familienbildende sowie begleitende Maßnahmen und eine entsprechende
706 Infrastruktur. An deren (Weiter-)Entwicklung sind Kinder, Jugendliche und Familien zu beteiligen.

707 **Das Kindeswohl steht an erster Stelle**

708 Wir sind von dem Leitgedanken getragen, dass Eltern das Wohl des Kindes am Herzen liegt. Aus
709 dieser Überzeugung heraus treten wir für die Freiheitsrechte der Eltern gegen staatliche Eingriffe

710 ein. Gleichzeitig betonen wir den Vorrang des Kindeswohls und sehen Staat sowie Gesellschaft
711 in der Pflicht, Lebensbedingungen für ein Aufwachsen in Wohlergehen zu schaffen.

712 **Es braucht eine widerspruchsfreie Familienpolitik**

713 Wir brauchen ein umfassendes Konzept familienpolitischer Leistungen, das den tatsächlichen
714 Lebensumständen von Familien entspricht. Widersprüche im Steuerrecht, im Familienrecht, in
715 den Sozialversicherungen, bei Transferleistungen und bei erwerbsbasierten Rentenansprüchen
716 sind aufzulösen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Familien mindestens über ein sozial
717 gerechtes Existenzminimum verfügen.

718 **Zeitpolitik im Blick**

719 Familien benötigen Zeit. Deshalb braucht es für die Lebensqualität von Familien Konzepte, die
720 sowohl Zeitwohlstand als auch Zeitsouveränität beachten. Neben der Vereinbarkeit von Familie,
721 Pflege und Beruf sind Wege zu finden, die allen ein Leben gemäß ihren Werten, ihren
722 Fähigkeiten und ihren Bedürfnissen ermöglicht.

723 **Sorgearbeit braucht gute Rahmenbedingungen**

724 Sorgearbeit für sich und andere ist die Basis gesellschaftlichen Wohlergehens und
725 wirtschaftlicher Entwicklung. Das Verhältnis von Erwerbsarbeit zu Familie und Geschlechterrollen
726 wandelt sich. Frauen leisten immer noch den größten Anteil an Sorgearbeit. Wir streiten für eine
727 politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte Neuorganisation, die selbstbestimmte
728 Entscheidungen über die Verwirklichung von Sorgearbeit ermöglicht. Staat, Wirtschaft, Familie
729 und Zivilgesellschaft sind in der Verantwortung, gemeinsam gute Bedingungen für Sorgearbeit zu
730 schaffen. Menschen haben ein Recht, ihre private Sorgearbeit wahrzunehmen und mit ihrem
731 Beruf sowie ihrem Engagement zu vereinen.

732 **8. Gleichstellung und Frauenpolitik**

733 Seit unserer Gründung streiten wir für eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern.
734 Unsere Vision ist die Geschlechtergerechtigkeit im Lebensverlauf. Sie ist erst erreicht, wenn alle
735 Menschen frei sind, ihre Lebensentwürfe unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen
736 Identität zu verwirklichen. Diese Freiheit beruht auf der gleichen Verteilung von Ressourcen,
737 Einfluss und Wertschätzung.

738 Frauenpolitik bleibt ein zentraler Bestandteil der Gleichstellungspolitik. Denn nach wie vor sind
739 Frauen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Wir setzen uns für die
740 körperliche, finanzielle und zeitliche Selbstbestimmung von Frauen ein.

741 **Finanzielle Selbstbestimmung von Frauen stärken**

742 Wir fordern eine Politik, die Frauen eine uneingeschränkte Erwerbsbeteiligung ermöglicht. Wir
743 setzen uns für Lohngerechtigkeit ein, die den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei
744 gleicher Qualifikation abbaut. Deshalb muss ein Entgeltgleichheitsgesetz geschaffen werden.
745 Darüber hinaus sind alle Arbeitsverhältnisse sozialversicherungspflichtig abzusichern sowie
746 rechtliche Vorgaben abzubauen, die eine traditionelle Rollenverteilung zwischen den
747 Geschlechtern fördern.

748 **Recht auf körperliche Unversehrtheit**

749 Das Hilfe- und Unterstützungssystem zum Schutz vor häuslicher Gewalt ist verpflichtend und
750 auskömmlich zu finanzieren. Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind, brauchen
751 einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe. Er darf nicht von Herkunft und gesundheitlicher
752 Befähigung abhängig sein. Darüber hinaus ist eine Debatte zum Thema Gewalt in Verbindung mit
753 gesellschaftlichen Vorstellungen von Männlichkeit speziell in Partnerschaften vonnöten. Ziel ist
754 es, präventive Maßnahmen zu ergreifen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit beinhaltet das
755 Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts von Inter- und Trans-Personen.

756 **Gleichstellung als Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit**

757 Geschlechtsspezifische Ungleichheiten, Hierarchien und Unterdrückungsverhältnisse sind
758 abzuschaffen. Alle Menschen sollen unabhängig von Geschlecht und sexueller Identität ihre
759 Bedürfnisse befriedigen, ihre Fähigkeiten entfalten und Sorge für sich und andere tragen können.
760 Wir wirken Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht oder Sexualität in Überschneidung mit
761 Herkunft, Bildung, Klasse, Alter, körperlicher Befähigung, Hautfarbe, Religion oder
762 Weltanschauung entgegen.

763 **Sexuelle und körperliche Selbstbestimmung**

764 Menschen sollen ihre Sexualität, ihre Lebens- und Sexualpartner*innen selber bestimmen
765 können. Jede*r soll sich selbstverantwortlich für oder gegen ein Leben mit Kindern entscheiden
766 können. Wir befürworten das Recht auf Abtreibung. Um Menschen auf ihrem Weg zur sexuellen
767 Selbstbestimmung zu unterstützen, braucht es Aufklärung und Information ab frühester Kindheit.
768 Zudem bedarf es eines kostenlosen Zugangs zu Verhütungsmitteln.

769 **Raum für neue Männlichkeit**

770 Jungen und Männer wollen heute immer weniger alten, stereotypen Rollenbildern entsprechen.
771 Wir treten dafür ein, dass sie in gleichberechtigten Partnerschaften leben sowie für ihre Familie
772 sorgen können und ihre Erwerbsarbeit nicht mehr zum Mittelpunkt ihres Lebens machen müssen.
773 Wir unterstützen Männer, nichttraditionelle Rollen- und Familienmodelle zu leben.

774 **9. Gesundheit**

775 Gesundheitsförderung ist ein Menschenrecht. Wir sind überzeugt, dass der Zugang zu einer
776 umfassenden Gesundheitsversorgung sowie die solidarische Absicherung allgemeiner
777 Lebensrisiken für alle Menschen Voraussetzungen sind, um selbstbestimmt zu leben und
778 gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Ein gesundes Leben führt zu einer erhöhten
779 Lebensqualität sowie zu allgemeinem Wohlstand. Allerdings ist die Gesundheit eines Menschen
780 stark von sozioökonomischen Faktoren abhängig. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen die
781 gleichen Chancen auf ein gesundes Leben und eine gute gesundheitliche Versorgung haben. Es
782 braucht einen barrierefreien Zugang zu grundlegenden gesundheitlichen Leistungen für alle
783 Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihren Beeinträchtigungen.

784

785

786 **Versorgungsstrukturen im Blick**

787 Die zunehmende Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft, der Anstieg von Multimorbidität
788 sowie chronischer und psychischer Erkrankungen steigern die Komplexität geriatrischen
789 Versorgung. Diese Entwicklung macht eine sektorenübergreifende Versorgung notwendig, in der
790 sich Klient*innen leichter orientieren können. Wir fordern eine dezentrale, wohnortnahe
791 Versorgung, die inklusive Strukturen vorhält. Daraus folgt ein Paradigmenwechsel, weg von einer
792 Ausrichtung an leistungsrechtlichen Vorgaben hin zu einer Versorgung aus der Sicht von
793 Klient*innen.

794 **Prävention und Gesundheitsförderung**

795 Wenn Prävention und Gesundheitsförderung bei den Lebenswelten der Menschen ansetzen,
796 besteht die Chance, alle zu erreichen. Deshalb ist Gesundheitsförderung ressortübergreifend zu
797 verankern. Alle relevanten Akteure im Gesundheitswesen haben einen angemessenen
798 finanziellen Beitrag zur Stärkung der Prävention zu leisten: Gefragt sind Länder, Kommunen und
799 die private Krankenversicherung. Um die Zunahme von psychischen Erkrankungen am
800 Arbeitsplatz präventiv zu bekämpfen, fordern wir Mitspracherechte, Transparenz, Wertschätzung
801 und Handlungsspielräume von allen Arbeitgeber*innen.

802 **Digitalisierung des Gesundheitswesens**

803 Die Digitalisierung birgt ein großes Potenzial für eine bessere und effizientere Versorgung im
804 Gesundheitswesen. Eine leistungsfähige medizinische und pflegerische Versorgung, die alle
805 Menschen erreicht, wird künftig nicht mehr ohne digitale Unterstützung funktionieren.
806 Digitalisierte, hochgradig personalisierte Medizin schafft enorme Mengen an personenbezogenen
807 sensiblen Daten. Wir treten dafür ein, dass allein der*die Patient*in bestimmt, wem er*sie welche
808 Daten zugänglich macht.

809 **Teilhabe und Lebensqualität durch Rehabilitation**

810 Wir sind überzeugt, dass medizinische Rehabilitation die Teilhabe an der Gesellschaft im Blick
811 haben muss und nicht nur die Arbeitsfähigkeit von Menschen. Ältere Personen müssen besseren
812 Zugang zu Leistungsangeboten der Rehabilitation erhalten. Dazu sind die geriatrischen
813 Rehabilitationsziele so zu fassen, dass sie den Gewinn an Lebensqualität durch Teilhabe
814 verdeutlichen.

815 Erschöpfte Eltern brauchen genauso wie pflegende Angehörige zugängliche
816 Entlastungsangebote. Stationäre Vorsorge- und Reha-Maßnahmen für Mütter, Väter und
817 pflegende Angehörige reagieren auf gesundheitliche Beeinträchtigungen, die aus der privaten
818 Sorgearbeit resultieren. Sie berücksichtigen neben den körperlichen die psychosozialen
819 Dimensionen von Erkrankungen. Wir machen uns in den Mutter-/Vater-Kind-Einrichtungen, den
820 Kurberatungsstellen, den Reha-Einrichtungen für pflegende Angehörige und im politischen Raum
821 stark für die Sorgenden.

822

823

824 **Für eine solidarische Finanzierung**

825 Aus unseren Grundwerten heraus sind wir überzeugt, dass eine gerechte
826 Gesundheitsversorgung nur durch ein starkes Miteinander möglich ist. Wir fordern, dass die
827 Kranken- und Pflegeversicherung zu einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung
828 weiterentwickelt wird. Deshalb ist die unsolidarische Trennung in private und gesetzliche
829 Kranken- und Pflegeversicherung aufzuheben. So werden einheitliche Rahmenbedingungen für
830 einen Wettbewerb der Krankenversicherer untereinander geschaffen und die Ursachen für
831 Risikoselektion sowie Ungleichbehandlungen beseitigt. Eine stabile und gerechte Finanzierung ist
832 unverzichtbar, um Gesundheit und Pflege nachhaltig zu sichern. Wir wollen der größten
833 Wirtschaftsbranche in unserem Land – Gesundheit und Pflege – eine stabile und
834 innovationsfördernde Perspektive geben.

835 **10. Kindheit und Jugend**

836 Wir übernehmen als Verband und in unseren Einrichtungen und Diensten Mitverantwortung
837 dafür, dass allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Entwicklungschancen eröffnet werden.
838 Es ist für unsere Gesellschaft ein zentrales und zukunftsorientiertes Anliegen, ihnen ein
839 Aufwachsen in Wohlergehen zu gewährleisten. Maßstab hierfür sind die Bedarfe von Kindern und
840 Jugendlichen unter Berücksichtigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer
841 Sorgeberechtigten. Die Teilhabe und Beteiligung in allen sie betreffenden Belangen ist zu
842 fördern. Familiäres Wohlergehen und gesellschaftlicher Fortschritt bedingen sich in einem
843 demokratischen Gemeinwesen wechselseitig.

844 **Kinderrechte ins Grundgesetz**

845 Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind nach den Prinzipien der Kinderrechtskonvention
846 der Vereinten Nationen bei Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung zu
847 berücksichtigen. Deshalb fordern wir, die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz zu
848 verankern. Das bedeutet, altersgerechte Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten
849 einzurichten sowie ein Wahlrecht für Kinder und Jugendliche einzuführen.

850 **Eigenständige Jugendpolitik**

851 Die Jugend in ihrer Vielfalt ist durch Orientierung, Entwicklung und Übergänge geprägt und
852 dadurch eine besondere Lebensphase. Jugendliche sind dabei zu unterstützen, ihr Leben nach
853 eigenen Wünschen zu gestalten. Gute Jugendpolitik vertritt als eigenständiges Politikfeld
854 parteilich die Ansprüche und Bedürfnisse Jugendlicher in der Gesellschaft und beteiligt sie an
855 ihrer Entwicklung.

856 **Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen**

857 Wir sind der freien Entfaltung der Persönlichkeit im ganzheitlichen Sinne verpflichtet. Für uns
858 haben die Lebensphasen Kindheit und Jugend einen Eigenwert und sind mehr als nur eine
859 Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Deshalb sind Freiräume zu schaffen, die es Kindern,
860 Jugendlichen und Familien ermöglichen, sich kreativ, frei und selbstbestimmt zu entwickeln.

861

862 **Beteiligung von Anfang an**

863 Wir begegnen Kindern, Jugendlichen und ihren Sorgeberechtigten wertschätzend. Unser
864 Handeln ist von der Haltung getragen, Beteiligung und Kooperation zu fördern. Daraus leiten wir
865 unser Hilfeverständnis ab, das auf einer beteiligungsorientierten und zur Beteiligung
866 befähigenden Pädagogik aufbaut.

867 **Vorausschauende und vernetzte Ansätze stärken**

868 Die Kinder- und Jugendhilfe hat in allen Altersphasen Potenziale und Stärken der Kinder, der
869 Jugendlichen sowie der für sie Sorgenden frühzeitig zu erkennen und zu fördern.
870 Benachteiligungen dürfen gar nicht erst entstehen.

871 Rechtsansprüche auf präventive Angebote sind daher auszubauen und in lebensweltbezogenen
872 Netzwerken zu verwirklichen. Im Rahmen einer Sozialraumorientierung können Vernetzung und
873 Kooperation – auch unter Einbeziehung von Bürgerschaftlichem Engagement – weiterentwickelt
874 werden.

875 **Für einen sicheren Ort**

876 Kinderschutz beginnt damit, Kinder und Jugendliche zu stärken sowie Familien dabei zu
877 unterstützen, ihren Erziehungsauftrag zu erfüllen. Fachkräfte müssen sich den gewandelten
878 Lebenslagen und Gefährdungen entsprechend für eine professionsübergreifende
879 Zusammenarbeit fortlaufend qualifizieren. Unser oberstes Gebot ist es, Kindern einen sicheren
880 Ort des gesunden Aufwachsens zu bieten.

881 **Gesundheitsförderung**

882 Ein Aufwachsen in Wohlergehen können Jugendhilfe-, Bildungs- und Gesundheitssystem nur
883 gemeinsam gewährleisten. Sie müssen systematisch und auf der Grundlage von
884 Rechtsansprüchen zusammenarbeiten. Eine integrierte Sozialplanung muss den Rahmen dafür
885 vorgeben, dass auch schon vorgeburtlich Beratung, Förderung und Hilfe geleistet werden kann.
886 Fähigkeiten müssen gefördert, aber auch Schwächen aufgegriffen und Nachteile verhindert
887 werden.

888 **Jugendarbeit stärken**

889 Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit knüpfen an den Interessen junger Menschen an und
890 werden von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet. Sie befähigen zur Selbstbestimmung und fördern
891 gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement. Sie sind eine wichtige Säule für
892 eine lebendige demokratische Gesellschaft. Um ihren Auftrag zu erfüllen, müssen Jugendarbeit
893 und Jugendverbandsarbeit dauerhaft finanziell gesichert und weiterentwickelt werden. Wir
894 unterstützen insbesondere die Arbeit des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt als eigenständiger
895 Kinder- und Jugendverband.

896

897

898

899 **Kindergrundsicherung verwirklichen**

900 Wir setzen uns für ein bedarfsdeckendes System der Kindergrundsicherung ein. Die
901 Versteuerung in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern und die Zusammenführung einzelner
902 Leistungen fördern Gerechtigkeit und Transparenz.

903 **Staatliche Verantwortung für die Jugendhilfe**

904 Die öffentliche Hand ist für die Planung und Bereitstellung bedarfsgerechter Leistungen und
905 Einrichtungen der Jugendhilfe verantwortlich. Dabei sind die Achtung des Subsidiaritätsprinzips
906 und das partnerschaftliche Zusammenwirken mit freien Trägern grundlegend für eine
907 adressatenorientierte Weiterentwicklung in einer gemeinsamen Verantwortung. Bund, Länder und
908 Kommunen haben die Finanzierung der Infrastruktur und der individuellen Leistungen sowie die
909 Erfüllung der individuellen Rechtsansprüche gemeinsam sicherzustellen. Wir treten für eine
910 inklusive Jugendhilfe ein, die bei individuellem Bedarf auch für junge Menschen über das 18.
911 Lebensjahr hinaus zuständig ist.

912 **11. Menschen in besonderen Lebenslagen**

913 Wir sind für Menschen in besonderen Lebenslagen ein Sprachrohr und leisten mit unserer Arbeit
914 praktische Hilfe (zur Selbsthilfe). Mit einem unverstellten Blick auf die Situation dieser Menschen
915 treten wir gegen Auffassungen in der Gesellschaft ein, dass es sich hierbei um Randgruppen,
916 selbst verschuldete Schicksale oder Einzelfälle handelt. In der Schuldnerberatung, der
917 Straffälligen-, Wohnungslosen- und Suchthilfe streiten wir in dem Wissen um die eng miteinander
918 verbundenen Herausforderungen genauso für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft
919 wie in unseren Betreuungsvereinen.

920 **Schuldner- und Insolvenzberatung**

921 Wir machen auf die sozialen Auswirkungen von Überschuldung aufmerksam, die Wohnungen,
922 Arbeitsplätze und Beziehungen gefährdet, und beraten Menschen über ihre Rechte und Pflichten.
923 Ziel ist es, eine Perspektive für den wirtschaftlichen Neuanfang und ein Leben ohne Schulden zu
924 schaffen.

925 **Straffälligenhilfe**

926 Oberstes Ziel der Straffälligenhilfe ist die Resozialisierung und Eingliederung in die Gesellschaft.
927 Deshalb fordern wir verstärkt Alternativen zum reinen Freiheitsentzug. Ambulante Maßnahmen
928 können soziale Trainingskurse für jugendliche Straffällige sein, um ihre kognitiven Kompetenzen
929 und ihre Sozialfähigkeit zu steigern, oder auch Arbeitsprojekte, in denen Geldstrafen durch
930 gemeinnützige Arbeit abgegolten werden.

931 **Suchthilfe**

932 Unsere Grundhaltung ist geprägt von einem Verständnis der unterschiedlichen persönlichen und
933 sozialen Hintergründe der Menschen sowie der verschiedenen Verläufe und Ausprägungen von
934 Sucht. Unser ehrenamtliches Engagement in vielen Selbsthilfegruppen und -initiativen ist ein Teil
935 der Nachsorge, ohne die eine erfolgreiche Suchthilfearbeit nicht zu leisten ist. Deshalb fördern wir

936 eine enge Kooperation und Vernetzung zwischen ehrenamtlichen Selbsthilfeinitiativen und
937 professionellen Einrichtungen und Diensten.

938 **Wohnungslosenhilfe**

939 Wohnungslosigkeit ist oft das Resultat eines Zusammenspiels individueller und sozialer Aspekte,
940 denen wir mit persönlich abgestimmten Hilfen begegnen. Die Freiheit der*des Einzelnen in der
941 Auswahl und in der Annahme der Hilfeangebote ist zu beachten. Um Wohnungslosigkeit zu
942 verhindern, fordern wir ein stärkeres Engagement von Bund, Ländern und Kommunen im
943 Wohnungsbau.

944 **Betreuungsvereine für ein selbstbestimmtes Leben**

945 Wir setzen uns für ein flächendeckendes, bundesweites Netz an Betreuungsvereinen ein, deren
946 gesetzliche Finanzierung dynamisch an die realen Kosten angepasst wird und damit dauerhaft
947 Strukturen sichert. So sind in Zukunft weiterhin Ehrenamtliche zu gewinnen, fachgerecht zu
948 beraten und fortzubilden. Dadurch wird das Engagement vieler Familienangehöriger und
949 Menschen, die sich für die ehrenamtliche Übernahme einer rechtlichen Betreuung interessieren,
950 gefördert und unterstützt.

951 **12. Menschen mit Behinderungen**

952 Gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen machen wir uns dafür stark, dass sie
953 selbstbestimmt und frei leben können. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen
954 zur Inklusion ist hierfür konsequent in der Bundesrepublik zu verwirklichen. Behinderungen sind
955 für uns keine Eigenschaft einzelner Menschen, sondern entstehen in Wechselwirkung von
956 individuellen körperlichen, geistigen, seelischen oder Sinnesbeeinträchtigungen mit
957 gesellschaftlichen Barrieren. Von Menschen mit Behinderungen sprechen wir, um die Zielgruppe
958 genau zu benennen und bestehende Benachteiligungen und Diskriminierungen zu verdeutlichen.
959 Ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen im politischen,
960 wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Raum ist unser Ziel.

961 **Selbstbestimmt arbeiten**

962 Eine sinnstiftende und existenzsichernde Arbeit ist ein wichtiger Teil des Lebens auch von
963 Menschen mit Behinderungen. Sie sollen gemäß ihren individuellen Bedürfnissen selbstbestimmt
964 wählen können, wo und wie sie arbeiten. Wir wollen eine Gesellschaft, die
965 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen schafft,
966 insbesondere von Frauen mit Behinderungen.

967 Neben der Beschäftigung auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt bedarf es weiterer
968 Arbeitsformen, um Menschen mit Behinderungen eine ihrer individuellen Situation angepasste
969 Beschäftigung zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen von
970 ihrer Arbeit leben können und ihren Behinderungen entsprechend unterstützt werden.

971 **Aktiv mitbestimmen**

972 Menschen mit Behinderungen müssen zukünftig das politische Handeln auf allen föderalen
973 Ebenen mitgestalten können und geeignete Räume des Engagements vorfinden. Das Prinzip

974 „Nichts über uns ohne uns“ muss uneingeschränkt gelten. Politik, Verwaltung und Parteien sind in
975 der Pflicht, barriere- und diskriminierungsfreie Beteiligung zu ermöglichen und angemessene
976 Unterstützung bereitzustellen. Im Engagement müssen Möglichkeiten der Mitarbeit und
977 Mitbestimmung für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Die Beteiligung von
978 Kindern, Jugendlichen und Frauen mit Behinderungen ist besonders zu fördern.

979 **Selbstbestimmte Teilhabe vor Ort**

980 Das Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit Menschen ohne
981 Behinderungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und es gestalten. Wir setzen uns für
982 einen barrierefreien Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Konsumeinrichtungen und -orten ein.
983 Menschen mit Behinderungen müssen sich kreativ, künstlerisch, sportlich und intellektuell
984 entfalten können. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen mit
985 Behinderungen sind besonders zu berücksichtigen.

986 **13. Pflege**

987 Wir streiten für Rahmenbedingungen und Unterstützung, die Teilhabe im Fall von
988 Pflegebedürftigkeit und insbesondere auch für Menschen mit Demenz ermöglichen. Neben den
989 Leistungen der Pflegeversicherung und einem eventuellen Bezug von Sozialleistungen ist
990 ergänzend ein Anspruch auf Teilhabe für pflegebedürftige Menschen unabhängig von ihrem
991 Wohnort notwendig. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt alle Leistungen der
992 Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen. Bei Menschen mit Pflegebedarf ist der vorhandene
993 Rechtsanspruch auf Leistungen sozialer Teilhabe anzuerkennen und leistungspflichtig
994 auszugestalten.

995 **Anerkennung und Verbesserung der Pflegetätigkeit**

996 Wir wollen, dass die Bedeutung des Arbeitsfeldes sich in der gesellschaftlichen Wertschätzung
997 widerspiegelt. Nur durch gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal und eine angemessene
998 Bezahlung kann dem Fachkräftemangel begegnet werden. Die Anwerbung von Fachkräften und
999 Auszubildenden aus dem Ausland ist für uns nur ein Baustein zur Behebung des
1000 Fachkräftemangels. Dabei sind ethische Werte mit Blick auf das Herkunftsland und bestehende
1001 soziale Beziehungen zu beachten. Gerade Haushaltshilfen sind zu guten Arbeitsbedingungen zu
1002 beschäftigen. Die Pflegepolitik muss den Bedürfnissen der Pflegesituation in den Familien
1003 gerecht werden, sodass weniger auf illegale Haushaltshilfen zurückgegriffen wird.

1004 **Fachlichkeit in der Pflege sichern und weiterentwickeln**

1005 Voraussetzung für qualitativ gute Pflege sind gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl.
1006 Auch Hilfskräfte sind angemessen zu schulen und einzuarbeiten. Die zukünftigen Anforderungen
1007 machen eine weitere Professionalisierung und Anpassungen der Pflegearbeit an die Bedarfe des
1008 Arbeitsfeldes notwendig. Wir streiten für ein umfassendes System der beruflichen Aus-, Fort- und
1009 Weiterbildung, das in einem großen Umfang bundeseinheitlich ausgestaltet ist und eine adäquate
1010 Ausbildungsfinanzierung beinhaltet. Zudem sind attraktive Entwicklungsmöglichkeiten durch
1011 Anerkennung von erworbenen Kompetenzen sowie eine höhere Durchlässigkeit zu schaffen.

1012

1013 **Den Wandel der Pflege gestalten**

1014 Die Pflege hat sich an den Wünschen der Menschen auszurichten, die so lange wie möglich in
1015 der eigenen Häuslichkeit und/oder in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben wollen. Genauso ist
1016 der Vielfalt dessen, was wir als Alter bezeichnen, gerecht zu werden. Einrichtungen und Dienste
1017 kommen diesem Bedürfnis nach. Es braucht hierfür Übergangsformen und flexible,
1018 niedrigschwellige Hilfe- und Unterstützungsangebote sowie die entsprechende Refinanzierung.
1019 Sie ermöglichen den Menschen, selbstständig zu wohnen, und gestatten pflegenden
1020 Angehörigen, häusliche Pflege sowie eine wohnortnahe Versorgung aufrechtzuerhalten.
1021 Vernetzte und kooperierende Einrichtungen und Dienste im Sozialraum sind zu fördern. Hierfür
1022 braucht es eine verpflichtende kommunale Steuerung.

1023 **Finanzierung der Pflege**

1024 Wir sind überzeugt, dass die Finanzierung von Leistungsangeboten in der Pflege neu geregelt
1025 und die Leistungen der Pflegeversicherungen ausgedehnt werden müssen. Das
1026 Teilleistungsprinzip der Pflegeversicherung ist nicht zukunftsfähig. Nur eine Vollversicherung ist
1027 richtungsweisend. Eine ausgebauten Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung ist das Ziel.
1028 Hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen sind verstärkt in die Beitragspflicht einzubeziehen.
1029 Eine Bürgerversicherung für alle Erwerbstätigen ist einzuführen.

1030 **Würdevolles Sterben**

1031 In jedem Lebensalter ist die Selbstbestimmung der Menschen in ihrer letzten Lebensphase
1032 zentral. Sie ist in der medizinisch-pflegerischen sowie der palliativen und hospizlichen
1033 Versorgung, bei Abschiednahme und Sterbeprozessen zu beachten. Dabei ist auf individuelle
1034 und kulturelle Unterschiede einzugehen. Es braucht eine Sterbebegleitung, die sich an den
1035 Bedürfnissen von sterbenden Menschen orientiert, sowie eine würdevolle Abschiedskultur und
1036 Trauerbegleitung für Angehörige und Nahestehende. Eine flächendeckende palliativ-hospizliche
1037 Versorgung in allen Einrichtungen und Diensten ist gesetzlich sicherzustellen. Ziel ist es,
1038 Sterbenden Schmerzen zu ersparen. Wir fördern auch die Zusammenarbeit zwischen Hauptamt
1039 und Engagierten im Prozess würdevollen Sterbens.

1040 **14. Internationale Solidarität in einer globalisierten Welt**

1041 Seit unserer Gründung setzen wir uns als Teil einer internationalen (Arbeiter-)Bewegung über die
1042 Landesgrenzen hinweg in Solidarität für benachteiligte Menschen ein. Der globalisierte
1043 Finanzkapitalismus zwingt uns zum wirtschaftlichen Wachstum, zur Geldvermehrung sowie zur
1044 Privatisierung und erschwert so ein Leben in Würde für alle. Wir streiten für eine globale
1045 Gerechtigkeit, in der die Grundversorgung für alle Menschen öffentlich, demokratisch und
1046 ökologisch sichergestellt wird.

1047 **Nachhaltiges Wirtschaften, Klimaschutz und menschenwürdige Arbeit weltweit**

1048 Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ist für uns eine
1049 richtungsweisende Übereinkunft. Sie verpflichtet alle Staaten dazu, den Hunger zu beenden, ein
1050 gesundes Leben für alle Menschen zu gewährleisten, menschenwürdige Arbeit zu fördern und
1051 dem fortschreitenden Klimawandel durch nachhaltiges Wirtschaften entgegenzutreten. Wir

1052 bekennen uns zu den Weltklimazielen von Paris und treten für deren Einhaltung ein. Im eigenen
1053 Land, aber auch global trägt Deutschland als eine der reichsten Industrienationen hier eine
1054 besondere Verantwortung.

1055 Wir begleiten die Umsetzung dieser Entwicklungsziele sozial- und bildungspolitisch in nationaler
1056 und internationaler Perspektive. Dies ist unser Beitrag zur globalen sozialen und ökologischen
1057 Transformation eines auf quantitatives Wachstum, private Vermögen und
1058 Ressourcenverschwendung ausgerichteten Wirtschaftsmodells.

1059 Wir kämpfen dafür, dass weltweit die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation
1060 eingehalten werden: Allen steht das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf
1061 Kollektivverhandlungen zu. Zwangs- und Kinderarbeit wollen wir abschaffen und Diskriminierung
1062 in Beschäftigung und Beruf verbieten.

1063 **Weltweite Gerechtigkeit schafft weltweiten Frieden**

1064 Wir sind überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit eine notwendige Voraussetzung ist, um den
1065 Weltfrieden herzustellen und Fluchtursachen zu vermeiden. Wirtschaftliches Wachstum allein
1066 garantiert keine Gerechtigkeit. Wir streiten für eine globale, nachhaltige Wirtschafts- und
1067 Sozialpolitik.

1068 **Zivilgesellschaft stützen, Rechte einklagen, Armut bekämpfen**

1069 Mit unserem Fachverband AWO International stärken wir gezielt Menschen, die von
1070 Ausgrenzung, Diskriminierung und Armut betroffen sind. Genauso unterstützen wir
1071 zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort, die diese Arbeit leisten. Im Zentrum stehen Frauen
1072 und Kinder, indigene Gruppen, Migrant*innen sowie von Menschenhandel bedrohte Personen.
1073 Wir unterstützen sie darin, politische und rechtliche Ansprüche durchzusetzen. Unsere
1074 Katastrophenprävention schützt besonders verwundbare arme Menschen und hilft gemeinsam
1075 mit unseren Partnern vor Ort akut, schnell und bedarfsgerecht.

1076 **Die Verantwortung der*des Einzelnen in einer globalen Welt**

1077 Die Transformation unserer Welt kann nur gelingen, wenn jede*r Einzelne bereit ist, daran
1078 mitzuwirken. Unser Lebensstil in Deutschland kann nicht global gelebt werden. Deshalb müssen
1079 wir als Gesellschaft das richtige Maß der Selbstbegrenzung finden.

1080

1081

1082

1083

1084

1085

1086

1087 **VIII. Wir verpflichten uns**

1088 ***Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliche Unternehmen und***
1089 ***als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln.***

1090 ***Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen,***
1091 ***machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.***
1092

1093 Als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband
1094 handeln wir entsprechend unseren Werten. Wir verfügen über ein umfassendes Regelwerk,
1095 das über gesetzliche Verpflichtungen hinausgeht und verwalten unsere Finanzen sorgsam.
1096 Soziale Verantwortung und Gemeinwohlorientierung sind untrennbar mit unserem Namen in
1097 allen Regionen verbunden. Deshalb achten wir auf die Einhaltung unserer Grundsätze und
1098 verpflichten uns zu Transparenz und Kontrolle.

1099 **Wir schätzen Ehrenamt und Engagement**

1100 Ehrenamt und Engagement sind selbstbestimmt und freiwillig. Beide erfolgen grundsätzlich
1101 unentgeltlich oder gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung. Sie werden bei uns
1102 geschützt und in ihrem Eigenwert geschätzt. Wir fördern die vertrauensvolle
1103 Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamt. Ehrenamtliche Führungskräfte finden
1104 Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn.

1105 **Wir bieten Gute Arbeit**

1106 Wir verpflichten uns, angemessen zu entlohnen und für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu
1107 zahlen. Wir bieten Mitarbeitenden transparente Arbeits- und Entlohnungsbedingungen,
1108 persönliche Weiterentwicklung und Qualifizierung. Wir binden sie bei der Entwicklung
1109 innovativer Prozesse und Projekte - insbesondere im Rahmen der Digitalisierung von
1110 Arbeitsprozessen - von Anfang an ein. Wir bekennen uns zur Tarifbindung und arbeiten mit
1111 Gewerkschaften und Betriebsräten eng zusammen. Wir ermöglichen, Familie und Beruf zu
1112 vereinbaren, und achten sowie fördern die Gesundheit unserer Mitarbeitenden.
1113 Hauptamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und
1114 qualifizieren ihn.

1115 **Wir wollen Mitbestimmung**

1116 Wir wollen, dass unsere Mitglieder und unsere Mitarbeitenden die Entwicklung der
1117 Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen. Entscheidungen im Mitgliederverband treffen wir
1118 demokratisch und transparent. Die ehrenamtliche Aufsicht in unseren Gliederungen und
1119 Gesellschaften ist demokratisch legitimiert. Führung in unseren sozialwirtschaftlichen
1120 Unternehmen bedeutet, Verantwortung für das Wohl aller zu tragen und die
1121 Beteiligungskultur sowie demokratische Prozesse zu stärken. Wir unterstützen, dass sich
1122 Betriebsräte bilden.

1123

1124 **Wir achten die Bedürfnisse der Klient*innen**

1125 Unsere qualitative Arbeit orientiert sich an den Lebenslagen, Bedürfnissen, Erwartungen und
1126 individuellen Möglichkeiten der Klient*innen. Wir beraten und unterstützen sie mit dem Ziel,
1127 ihre Selbstbestimmung zu erhalten und zu stärken. Wir schätzen die*den einzelne*n
1128 Klient*innen wert und beteiligen sie*ihn in unserer Arbeit, wo es möglich ist.

1129 **Wir schaffen Transparenz und haben eine unabhängige Aufsicht**

1130 Unser Ehrenamt gibt die strategischen Ziele vor und arbeitet Hand in Hand mit dem
1131 Hauptamt. Wir trennen bewusst Kontrolle und Steuerung. Mitglieder jeglicher
1132 Aufsichtsgremien dürfen kein Arbeitsverhältnis oder dauerhafte Geschäftsbeziehungen zu
1133 unseren Gliederungen oder Gesellschaften haben, die sie beaufsichtigen. Unsere
1134 Entscheidungen über Gehälter von Geschäftsführer*innen werden transparent getroffen.

1135 **Wir handeln nachhaltig**

1136 Wir verpflichten uns, negative Auswirkungen unserer Arbeit auf Mensch, Natur und Klima so
1137 gering wie möglich zu halten. Dazu setzen wir uns nachprüfbare Vorgaben und Ziele. Die
1138 Verantwortung für heutige und künftige Generationen ist Teil unseres unternehmerischen
1139 Handelns sowie unserer sozialen Arbeit.

1140 **Wir leben Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit**

1141 Unsere Forderungen zur Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit stellen wir
1142 auch an uns selbst. Wir stellen Ressourcen zur inklusiven Ausgestaltung unserer
1143 Einrichtungen und Dienste bereit. Wir wollen die Vielfalt der Gesellschaft in unserer
1144 Mitgliedschaft, im Haupt- und Ehrenamt sowie bei Klient*innen unserer Einrichtungen und
1145 Dienste entsprechend der Bevölkerung abbilden.

1146

1147

1148

1149

1150

1151

1152

1153

1154

1155

1156 **Glossar**

1157 Mit dem **freiheitlichen demokratischen Sozialismus** bekennen wir uns zu unserem
1158 Ursprung als Teil der deutschen Arbeiterbewegung. Wir verdeutlichen damit unseren
1159 Glauben an den humanitären Fortschritt der Menschheit. Wir verbinden damit auch unsere
1160 Kritik am kapitalistischen Wirtschaftsmodell und betonen eine Alternative auf der Basis
1161 unserer Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Jede
1162 Veränderung im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kann jedoch nur
1163 demokratisch stattfinden. Unsere Auffassung vom freiheitlichen demokratischen Sozialismus
1164 schützt die*den Einzelne*n vor der Willkür der Mehrheit und stellt sich gegen jede Form der
1165 autoritären oder totalitären Herrschaft. Nur die Demokratie und der Rechtsstaat achten die
1166 Würde des Menschen, seine Freiheit und das Recht. Das ist unser Begriff des freiheitlichen
1167 demokratischen Sozialismus.

1168 **Hilfe zur Selbsthilfe** ist Ausdruck unserer Auffassung, dass wir jeden Menschen
1169 unterstützen, sich selbst und im Zusammenschluss mit anderen zu helfen. Das Ziel unserer
1170 Arbeit ist es - wo es die Umstände erlauben - den einzelnen Menschen soweit zu
1171 unterstützen, bis er in der Lage ist, selbstbestimmt sein Leben zu führen.

1172 **Inklusion** ist ein Prinzip, um die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft zu
1173 verwirklichen. Inklusion verdeutlicht, dass jede*r auf ihre*seine Art und Weise einzigartig und
1174 Teil der Vielfalt ist. Damit alle Menschen mitwirken und mitentscheiden können, sind die
1175 baulichen, kommunikativen, strukturellen, ökonomischen sowie fachlichen
1176 Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft zu prüfen und wo nötig zu verändern.

1177 **Interkulturelle Öffnung** ist ein Modell zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit
1178 Migrationshintergrund in Organisationen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, dass Menschen
1179 mit Migrationshintergrund in Einrichtungen, Diensten und im Verband ihrem
1180 Bevölkerungsanteil entsprechend repräsentiert werden und dass die Angebote sich
1181 konzeptionell, organisatorisch und personell an den Bedürfnissen von Menschen
1182 unterschiedlicher Herkunft aufstellen.

1183 **Rassismus** teilt Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder realen Herkunft, ihrer
1184 Hautfarbe oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit in verschiedene Gruppen ein und weist diesen
1185 unveränderliche, oft negative Eigenschaften oder Verhaltensweisen zu. Ihre eigene Gruppe
1186 sehen Rassist*innen in der Regel als natürlich überlegen an und leiten daraus das Recht zur
1187 Benachteiligung anderer ab.

1188 **Sexuelle Identität** beschreibt, wie Menschen sich selbst wahrnehmen und wie sie im
1189 Hinblick auf Geschlechtsmerkmale, Geschlechtsidentität, Geschlechterrolle und sexuelles
1190 Begehren von anderen wahrgenommen werden wollen. Sexuelles Begehren beschreibt, zu
1191 welchem Geschlecht oder welchen Geschlechtern Menschen sich romantisch, erotisch und
1192 sexuell hingezogen fühlen.

1193 **Sorgearbeit** verwenden wir als Rahmen, um alle Sorgetätigkeiten, unabhängig von
1194 Gegenstand und Art der Sorge und unabhängig von der Organisationsform

1195 (unbezahlt/bezahlt, informell/formell, privat/professionell, Ehrenamt/Erwerbsarbeit), zu
1196 beschreiben. Sofern wir von Sorgearbeit reden, die die private Pflege, Zuwendung,
1197 Versorgung für andere oder sich selbst meint, die unbezahlt, informell oder als Ehrenamt
1198 stattfindet, sprechen wir explizit von „privater Sorgearbeit“. Wir beachten die Debatte, die
1199 unter dem Begriff „Care“ stattfindet und unter anderem die Frage, wie wir miteinander leben
1200 und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren wollen.

1201 Unter **Sozialer Arbeit** verstehen wir die bezahlte, formelle sowie professionelle Pflege,
1202 Zuwendung und Versorgung für andere, die als Erwerbsarbeit stattfindet.

1203 Unter **Sozialraum** verstehen wir das Lebensumfeld des Menschen, den Ort, an dem er
1204 konkrete Unterstützung erhält, um seine Lebensqualität und -situation zu verbessern. Hier
1205 kann er sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft engagieren, Akzeptanz und
1206 Wertschätzung der Mitmenschen erfahren und Demokratie leben. Sozialraumorientierung ist
1207 eine Handlungsoption der Sozialen Arbeit, die von der individuellen Bedarfslage aus das
1208 Umfeld des Menschen mit seinen Angeboten und Einrichtungen in den Blick nimmt.

1209 Nach dem gesellschaftlichen Prinzip der **Subsidiarität** übernimmt im Staat die kleinere
1210 Einheit im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit staatliche Aufgaben. Der Staat trägt die
1211 Verantwortung, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten.
1212 Damit unterstützt er zugleich private, selbstständige Organisationen der Zivilgesellschaft wie
1213 die Freie Wohlfahrtspflege. Der Wert der Subsidiarität zeigt sich für den Menschen durch die
1214 Wahlfreiheit und durch bürgernahe Hilfe und Unterstützung.

1215 **Geschlecht** beschreibt die Einteilung von Menschen in „weiblich“ oder „männlich“. Sie
1216 basiert auf biologischen Geschlechtsmerkmalen, Geschlechtsidentität (innere Überzeugung,
1217 einem Geschlecht anzugehören) und Geschlechterrollen, die von gesellschaftlichen Normen
1218 (Aussehen, Körpersprache, Verhaltensweise) definiert werden. Die Vielfalt von Menschen
1219 wird durch die ausschließliche Einteilung in Frauen und Männer unzureichend erfasst: Es
1220 gibt beispielsweise Menschen, deren biologisches Geschlecht mehrdeutig ist (intersexuelle
1221 oder intergeschlechtliche Menschen), und Menschen, die sich nicht mit dem Geschlecht
1222 identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde (Transgender oder
1223 Transsexuelle). Unser Verständnis von Geschlecht schließt alle mit ein. Geschlecht ist
1224 vielfältig.

1225

1226